

Ausländersendungen von ARD und ZDF sind „Brücke in die Heimat“

Die Ausländersendungen von ARD und ZDF erfüllen noch immer die wichtige Funktion einer „Brücke in die Heimat“. Zu diesem Ergebnis kommt Josef Eckhardt in seinem Bericht über „Massenmedien und Ausländer in Nordrhein-Westfalen“, der in den Media Perspektiven der ARD 10/1990 erschienen ist. Grundlage war eine Repräsentativhebung bei Italienern, Jugoslawen und Türken im Empfangsgebiet der Fremdsprachensendungen des WDR-Hörfunks im April 1990. Die angesprochenen Themenbereiche:

Zugang zu den massenmedialen Angeboten, Mediennutzung und Tagesablauf, Erwartungen gegenüber den Medienangeboten sowie Funktionen der Medien für die ausländischen Mitbürger. Die Erhebung orientierte sich im wesentlichen an einer Studie aus dem Jahr 1981, womit ein Vergleich über fast zehn Jahre hinweg möglich war. Einige der wichtigsten Ergebnisse: Ausländerhaushalte sind fast ebenso gut mit Hörfunk- und Fernsehgeräten ausgestattet wie deutschsprachige Haushalte. Auffällig stärker verbreitet sind in Ausländerhaushalten Videogeräte und Kassettenrecorder. Auch die Nutzung von Video- bzw. Musikkassetten ist bei Ausländern erheblich höher als bei Deutschen. Die Unterschiede im Tagesablauf zwischen deutschen und ausländischen Haushalten erklären darüber hinaus einige Abweichungen bei der Hörfunk- und Fernsehnutzung. Die speziell an Ausländer gerichteten Hörfunk- und Fernsehsendungen von ARD und ZDF erreichen eine große Akzeptanz bei ihren Zielgruppen. Die Bindung der ausländischen Zuschauer an diese Sendungen ist nach wie vor hoch.

★

Manfred Philipp, Generalmajor und Befehlshaber der Bundeswehr im Wehrbereich III (Nordrhein-Westfalen), hat sich nach sechsjährigem Kommando in Düsseldorf von der Truppe verabschiedet. Er tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Brigadegeneral **Manfred Würfel**. An Philipps Verabschiedung nahm auch der nordrhein-westfälische Justizminister **Dr. Rolf Krumtsiek** teil.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 2545, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Günther Einert (SPD)

„Ja, doch“, sagt Günther Einert nach nur ganz kurzem Zögern auf die Frage, ob auch er eine gewisse Trauer darüber empfinde, daß seine schlesische Heimat nun endgültig verlorenes Land sei. Obschon er als Fünfjähriger bereits nach Görlitz kam, heute Grenzstadt an der Neiße, kann er Gefühle von Heimatvertriebenen, an die unlängst Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose in seiner Parlamentsrede zur deutschen Einheit erinnerte, nachempfinden. Aber Einert führt sofort den Gedanken weiter, spricht davon, daß seine drei Kinder, alle schon längst selbst erwachsen, in ganz anderen Kategorien denken und in europäischen Grenzen nicht mehr Trennendes sehen. „Das ist die positive Botschaft. Das Haus Europa bekommt gerade jetzt neue Attraktivität.“

Mit diesen wenigen Sätzen charakterisiert der Mann, der heute für die Wirtschaftspolitik des stärksten Bundeslandes die erste Verantwortung trägt, sich gewissermaßen selbst: Gefühle darf man haben und sich dazu bekennen, doch sich dem Gefühl ganz überlassen, das darf man nicht. Dieses nur scheinbar einfache Rezept läßt sich auch auf sozialdemokratische Politik übertragen. Nach ihm haben viele Sozialdemokraten in Vergangenheit und Gegenwart gehandelt: Stimmungen der Menschen aufnehmen, ihren Sorgen und Ängsten nachspüren, aber dann so entscheiden, wie die Vernunft gebietet und es Umsicht und Rücksicht auf die Interessen anderer erfordern.

Günther Einert, mit einer kurzen Unterbrechung seit 1966 im Landtag und damit einer der erfahrensten Parlamentarier, legt es bei dem, was er tut und sagt, nicht unbedingt darauf an, überall Beifall einzuheimsen. Er sagt dem Kumpel, dem Stahlkocher, daß der Strukturwandel der Wirtschaft nie abgeschlossen ist und immer neue Herausforderungen bringt, und er mahnt ebenso die Verantwortung des Unternehmens und der Unternehmen für die Regionen und ihre Menschen an, in denen sie sich niedergelassen haben. Und Einert verschont auch Parteifreunde in anderen Landesregierungen nicht, wenn die Sache, um die es geht, dies erfordert. So forderte er erst unlängst in einer Debatte des Landtags die gesamtstaatliche Verantwortung Niedersachsens in der Frage der Endlagerung von atomarem Abfall ein. Gefallen hat dies dem Parteifreund Gerhard Schröder in Hannover nach dessen eigenem Bekenntnis ganz und gar nicht. Gleichwohl war es richtig und notwendig.

Die Wirtschaftspolitik des Landes, die auch immer Strukturpolitik sein muß, ist für den Sozialdemokraten Einert eine Aufgabe, die den Ausgleich der Interessen ebenso suchen muß wie die Einbindung aller in die Verantwortung. Daß eine so schwierige Phase der Umstrukturierung wie im letzten Jahrzehnt ohne allzu große

Verwerfungen bewältigt werden konnte, ist seiner Meinung nach ein Beweis dafür, daß größtmögliche Übereinstimmung gesucht und gefunden werden konnte. Die Rolle des Staates bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen in der Wirtschafts- und Strukturpolitik sieht Einert, der seine wissenschaftliche Ausbildung zum Nationalökonom in den USA und in Deutschland erst nach einer praktischen Lehr- und Arbeitszeit als Schlosser und Schweißer absolvierte, ganz nüchtern. Es kommt nach seiner Meinung weniger darauf an, daß der Staat mit finanziellen Anreizen lockt, sondern Unternehmen und Investoren müssen darauf setzen können, daß die Politik verlässlich ist, langfristige Perspektiven eröffnet.

Für diese Art von Wirtschaftspolitik steht Einert. Und er tut das Seine, bei anderen dafür um Unterstützung zu werben. Daß die Kammern des Handwerks und der Industrie sich ihrer Verantwortung für den Erfolg von Politik stellen, freut ihn ganz offensichtlich. Und ausgesprochen lobend erinnert er an den ermordeten Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen und den verstorbenen Veba-Vorstand Rudolf von Benningsen-Foerder, die maßgeblich dazu beigetragen hätten, daß der Initiativkreis Ruhrgebiet eine so große Signalwirkung entfalten konnte.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister geht davon aus, daß er eine große Übereinstimmung für eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Menschen und denen der Unternehmen gleichermaßen dient, auch künftig braucht. Denn neue Herausforderungen stehen vor der Tür. Die Elektronikbranche, jahrelang kraftstrotzend immer neue Umsatzrekorde meldend, fängt an, Arbeitsplätze abzubauen. Mit Subventionen ist dagegen nichts zu machen. „Keiner kann gegen den Markt ansubventionieren“, weiß der Minister. Doch die Wege freischlagen für neue Produkte, das kann in ständiger, gemeinsamer Anstrengung sehr wohl gelingen, wenn alle sich ihrer Verantwortung stellen.

Karl Lohaus

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)